



Steffen Bilger MdB  
Dr. Reinhard Brandl MdB  
Dr. Carsten Linnemann MdB  
Philipp Mißfelder MdB  
Jens Spahn MdB

Wir lehnen die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Gesetzentwurf für eine Zuschussrente für Geringverdiener in dieser Form ab.

1.) Die Zuschussrente, wie sie derzeit geplant ist, bricht mit dem jahrzehntealten Grundprinzip der Rentenversicherung. Eine über Beitragsmittel finanzierte **Mindestrente führt das Äquivalenzprinzip**, wonach sich die die Höhe der Altersbezüge nach den gezahlten Beiträgen richtet, **ad absurdum**. Es ist unfair für diejenigen, die sich selbst eine Rente von 1.000 Euro erarbeitet haben, wenn kleine Renten mit ihren Beiträgen auf 850 Euro aufgestockt werden.

2.) Die Einführung der Zuschussrente führt zu einer **milliardenschweren finanziellen Mehrbelastung** der Rentenversicherung. Dies gefährdet das gesetzlich festgelegte Ziel, den Rentenbeitragssatz bis 2030 auf höchstens 22 Prozent zu begrenzen. Dies belastet ein weiteres Mal die heutigen und künftigen Beitragszahler zusätzlich, obgleich die eh schon überproportional viel und länger (Stichwort: Rente mit 67) Beiträge zählen müssen. Möchte man grundsätzlich an der Zuschussrente dennoch festhalten, muss die Finanzierung – bei Gegenfinanzierung an anderer Stelle – aus Mitteln des Bundeshaushaltes erfolgen.

3.) Die darüber hinaus vorgesehene Beitragssatzsenkung von 19,6 Prozent auf 19,0 Prozent zum 1. Januar 2013 ohne Bildung einer Rücklage sehen wir kritisch. Da auch zwischen Bund und Ländern sowie Arbeitgebern und Gewerkschaften zu diesem Punkt unterschiedliche Auffassungen bestehen, **schlagen wir folgenden Kompromiss vor:**

**Der größere Teil der geplanten Rentenbeitragssatzsenkung sollte zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt werden.** Damit werden Arbeitnehmer und Unternehmen spürbar entlastet. Dies setzt Impulse für Wachstum und Konsum.

**Gleichzeitig sollte allerdings auch ein Teil des Spielraumes genutzt werden, um statt einer weiteren Beitragssatzsenkung die allgemeine Rücklage der Rentenversicherung zu erhöhen.** Einen solchen Aufbau größerer Rücklagen in den sozialen Sicherungssystemen hat die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Vergangenheit schon mehrfach gefordert. **Wir brauchen dieses finanzielle Polster, um vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen wie demographischen Entwicklung die Beiträge zur Rentenversicherung auch für zukünftige Beitragszahler bezahlbar zu halten.**